KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 269 - 29. Jahrgang
OKTOBER 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

DIE QUAL DER WAHL

Die Wahlergebnisse im Land und vor allem im Bund lassen sich nicht schönreden. Über die Gründe für die Niederlage und den künftigen Weg sollten wir solidarisch diskutieren, auch bei uns im Kreisverband. Das passiert auch schon. Im Folgenden möchte ich Euch über die Ergebnisse informieren und diese auch ein wenig interpretieren.

Aber erst einmal möchte ich auf den Wahlkampf zurückblicken. Wir entschieden uns in Rostock für eine Mischung aus Erst- und Zweitstimmenkampagne. Direktmandate für Dietmar und Eva schienen im Frühjahr vor dem Höhenflug der SPD durchaus in Reichweite, so dass wir deutlich die Personen in den Vordergrund stellten. Das habt Ihr sicherlich an den Litfaßsäulen gesehen.

Eva machte viele Haustürbesuche – allerdings wegen der Corona-Einschränkungen weniger als von ihr geplant. Einmal war auch Dietmar mit von der Partie, aber natürlich war die fehlende Präsenz des Direktkandidaten in seinem Wahlkreis ein Problem. Aufgrund seiner Verpflichtungen als Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzender gab es dazu keine Alternative.

Großen Anklang fanden die Veranstaltungen mit Dietmar und Sahra Wagenknecht in Lütten Klein sowie mit ihm und Gregor

Gysi in Reutershagen. Letztere Veranstaltung war und ist auch im Internet zu sehen – mit großer Resonanz. Kreative Ideen kamen von einem Stammtisch junger Mitglieder – eine sinnvolle Ergänzung und Bereicherung der Gremienarbeit.

Mit Skepsis sahen wir den Stationen der „Trailertour“ in Rostock entgegen. Vor zwei Jahren hatte das Konzept nicht funktioniert. Auf dem Doberaner Platz umgaben wir den Trailer diesmal mit weiteren Angeboten wie Kinderschminken – mit einer gewissen Resonanz. Auf jeden Fall waren wir gut sichtbar. In Lütten Klein und Dierkow war es schwierig; es hatten ja viele schon Briefwahl gemacht. Die Promenade in Warnemünde war ein schwieriges Pflaster, bis Genosse Helge Bothur hinzukam und sehr offensiv und schlagfertig auf die Passanten zuging. Da funktionierte das Konzept dann ausgezeichnet. Wahlkampfmittel müssen also auf die Personen zugeschnitten werden.

An den Infoständen lernten wir schon einige Gründe für unsere Niederlage kennen. Es gab Kritik am fehlenden Widerstand gegen die Coronapolitik der Regierung. Untersuchungen belegen ja, dass unter den „Querdenkern“ durchaus viele (ehemalige) LINKEN-Wähler sind. Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine versuchten im Wahlkampf (ohne Erfolg), diese Klientel wieder an die Partei zu binden. Kritik am Umgang der Partei mit Sahra war auch häufig zu vernehmen. Vom Parteiausschlussverfahren hatten natürlich viele gehört. *Fortsetzung auf S. 3*

ZEHN JAHRE LANDKREIS ROSTOCK

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Landkreises Rostock fand am Freitag, den 03. September 2021 auf dem Güstrower Franz-Parr-Platz ein Empfang mit Ehrenamtsanerkennung des Landkreises Rostock statt. Für herausragendes ehrenamtliches Engagement für den Landkreis Rostock wurden Bürgerinnen und Bürger mit der Ehrenmedaille geehrt.

Für ihr 30-jähriges ehrenamtliches Engagement wurden die Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, **Karin Schmidt**, mit der Ehrenmedaille in Gold, und **Peter Hörnig** für sein ehrenamtliches Engagement mit der Ehrenmedaille in Silber geehrt.

Wir gratulieren recht herzlich!

In dieser Ausgabe

Seite 2: „Deutsche Einheit“
Seite 3-5: Wahlnachlese
Seite 5: Haustürgespräche
Seite 6/7: Bürgerschaft
S. 7: Schwimmhalle
Seite 8: Kinderfest in Schwaan
Seite 8/9: Weltfriedenstag
Seite 10: Friedenspolitik
Seite 11: Termine
Seite 12: Klimapolitik

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
LINKE auf Kurs lautete die Überschrift unserer Septemberausgabe. Wer sie nach der Wahl in die Hand bekam, wird sich gewundert haben. Aber die besten Überschriften sind ja immer etwas zweideutig. Unser Kurs ist schon seit einigen Jahren ein gefährlicher, der uns nahe an den Abgrund bringt. Wann, wenn nicht jetzt, kann endlich gegengesteuert werden? In dieser Partei steckt noch so viel Potenzial, dass Gedanken an ein Ende der Linkspartei eindeutig fehl am Platze sind. Wie schnell wird daraus eine sich selbst erfüllende Prophezeiung?
Über die Richtung wird DIE LINKE in den kommenden Jahren viel streiten. In dieser Ausgabe lege ich die Ergebnisse der Wahl dar und fasse die ersten Debatten über die Gründe der Niederlage und künftige Aufgaben zusammen. Neutral kann man dabei nicht bleiben, wenn einem die Partei am Herzen liegt. Sicher lernen wir noch, Meinungen nicht als Anlass zu Beunruhigung, sondern als Denkanstöße zu begreifen. Die innerparteiliche Diskussionskultur, dieser Kalte Krieg zwischen unterschiedlichen Lagern, hat wesentlichen Anteil am Niedergang unserer Partei. Damit muss jetzt Schluss sein!
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Bundesregierung verheimlicht Rüstungsausgaben

„Es ist skandalös, dass sich die Bundesregierung kurz vor der Bundestagswahl weigert, die Gesamtkosten für Rüstungsbeschaffungen der 19. Legislaturperiode offenzulegen“, erklärt Matthias Höhn, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, anlässlich der nicht öffentlichen Beantwortung seiner schriftlichen Frage zu Rüstungsbeschaffungen in der 19. Legislaturperiode. Höhn weiter:
„Seit 2017 hat die Regierung Milliarden für Waffen und Munition ausgegeben, weitere Abermilliarden sind eingeplant. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf zu wissen, wie viele ihrer Steuergelder für Rüstung ausgegeben werden. Doch die Regierung weigert sich, meine Fragen dazu offen zu beantworten. Ihre Begründung ist nebulös: Eine Offenlegung gefährde das Staatswohl. Das ist erstens juristisch äußerst fragwürdig. Zweitens haben die Wählerinnen und Wähler ein Recht auf offene Antworten, damit auch das Thema Rüstung vor der Wahl in der Öffentlichkeit transparent bilanziert und diskutiert werden kann.
Es scheint aber, dass die Große Koalition genau das verhindern möchte.“

Matthias Höhn

AKTUELLES

Nach über 30 Jahren Deutsche Einheit immer noch Ungerechtigkeiten

Zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:
„Unser Dank gilt den Frauen und Männern, die vor 31 Jahren für einen friedlichen Weg in die Deutsche Einheit auf die Straße gegangen sind. Sie haben die Mauer zum Einsturz gebracht, die nicht nur Familien und Leben trennte, sondern auch vielen Menschen das Leben gekostet hat.
Unbestritten ist in den zurückliegenden Jahrzehnten sehr viel Geld in den Osten Deutschlands geflossen, um die Infrastruktur zu verbessern, den unermesslichen Sanierungsstau abzubauen und die Städte, Dörfer und Gemeinden schöner zu machen. Und niemand verkennt, dass die DDR eine geschlossene Gesellschaft war mit durch nichts zu rechtfertigenden Einschränkungen in der Freiheit – der Reisefreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Kein Staat hat das Recht, den freien Willen und die freie Entscheidung seiner Bürgerinnen und Bürger zu unterdrücken und zu untersagen.
Unbestritten ist aber auch, dass wir 31 Jahre nach dieser gewaltigen Zäsur für die Menschen in Ostdeutschland noch immer genügend Ungerechtigkeiten zu verzeichnen haben. Immer noch gibt es keine gleichen Löhne für gleichwertige Arbeit, nicht einmal im selben Unternehmen, keine gleichen Renten in Ost und West, gibt es keine gleichwertigen Lebensverhältnisse, gibt es keine wirtschaftliche Angleichung, gibt es viel zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen in Bundes-, aber auch in Landesbehörden.
Diese Ungerechtigkeiten sind Folgen konkreten politischen Handelns. Nach dem Wüten der Treuhand hatte der Osten bei allen Entscheidungen, ob in Sport, Politik und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, stets das Nachsehen. Damit muss endlich Schluss sein. Es ist eine Gesamtstrategie erforderlich, die Ostdeutschland nicht weiter benachteiligt und abhängt. Dazu gehören u. a. die Angleichung der Löhne und Renten, spürbare Investitionen in Bildung und Forschung, die Ansiedlung von Behörden und Unternehmen. Bleiben wir uns der historischen Dimension der Deutschen Einheit bewusst und sorgen wir dafür, dass nicht länger über die Menschen bestimmt wird, sondern mit ihnen – damit das Leben eines zufällig im Osten Geborenen nicht länger schlechter bewertet wird als das eines zufällig im Westen Geborenen.“

WAHLNACHLESE

Fortsetzung von S. 1

Zu den Zahlen der Landtagswahl:
Im Land fielen wir von 13,2 auf 9,9 %. In Rostock wählten uns 16.193 Menschen (13,5 %). 2016 waren es noch 17.434 (16,6 %) gewesen. Bei den Erststimmen sieht es so aus:
Wahlkreis IV (Warnemünde, Heide, Lichtenhagen, Groß Klein, Schmarl): Carsten Penzlin (14,9 %)
Wahlkreis V (Lütten Klein, Evershagen, Reutershagen): Christian Albrecht (16,7 %)
Wahlkreis VI (Hansaviertel, Gartenstadt/ Stadtweide, KTV, Südstadt): Eva-Maria Kröger (20,5 %)
Wahlkreis VII (Stadtmitte, Brinckmansdorf, Dierkow, Toitenwinkel, Gehlsdorf): Helge Bothur (13,9 %)

Das Ergebnis von Eva sticht besonders hervor. Ihr Wahlkreis war noch vor 10 Jahren unser schwächster in Rostock, heute ist er der stärkste der LINKEN in ganz M-V. Das ist das Ergebnis jahrelanger unermüdlicher Arbeit in und außerhalb der Parlamente. Am wenigsten verloren wir im innerstädtischen Bereich; die stärksten Stimmenverluste hatten wir wieder einmal in den Plattenbaugebieten (-3 bis -4%). Dort stirbt unsere Wählerschaft, die noch durch ihre DDR-Biografie geprägt war und eine starke Bindung an unsere Partei hatte.
Die Wählerwanderung in M-V zeigt, dass wir viele Wähler an die SPD abgegeben haben. Wieder einmal verstarben frühere Wähler (11.000) und konnten nicht durch die Stimmen von Erstwählern (5.000) ersetzt werden. Die höchsten Kompetenzwerte der LINKEN befinden sich in den Bereichen „ostdeutsche Interessen“ (25), „soziale Gerechtigkeit“ (15) und „Bildung“ (14). Wahlentscheidend waren für LINKE-Wähler folgende Themen: „soziale Gerechtigkeit“ (41), „Bildung und Schule“ (23) sowie „Wirtschaft und Arbeit“ (19). Für die Gesamtwählerschaft spielten folgende Themen die größte Rolle: „Wirtschaft und Arbeit“ (27), „soziale Sicherheit“ (27), „Bildung und Schule“ (15) und „Umwelt und Klima“ (13). DIE LINKE wird nicht mehr aus Protest gewählt, sondern aus inhaltlicher Überzeugung. Hier fand ein Rollentausch mit der AfD statt.

Aus professioneller Sicht muss man der SPD für ihre Regierungsarbeit und den Wahlkampf Respekt aussprechen. Ihr „perfektioniertes Politmarketing“ (Torsten Koplin) zog, durch eine starke Betonung der sozialen Frage („Respekt“) grub sie uns auch im Bundestagswahlkampf erfolgreich das Wasser ab. Der Personenkult um „Manu“ trieb die Zweitstimmenergebnisse in den Wahlkreisen nach oben. Das allein machte sicherlich 5% aus, hinzu kam der Rückenwind aus Berlin, der uns fehlte.
Unsere Wahlkampagne im Land bleibt mir trotzdem in positiver Erinnerung: die Konzentration auf wenige Kernthemen, die Verbindung unseres wichtigsten Themas Bildung mit der Spitzenkandidatin, das geschlossene Auftreten.
Ein Blick auf die Erststimmen reicht aus, um zu sehen, dass wir nur eine Handvoll wirklich populärer Politiker*innen im Land haben. Und mittlerweile haben wir in ganzen Landstrichen keine aktiven Mitglieder mehr. Da laut Untersuchungen Wahlergebnisse und Mitgliederstärke sehr stark voneinander abhängen, muss die Gewinnung von Neumitgliedern oberste Priorität haben. Genauso wie der konsequente Aufbau von Nachwuchstalenten, wie wir es in Rostock seit Jahren tun.

Am Infostand in Groß Klein: Andreas Engelmann, Carsten Penzlin und fleißige Basismitglieder

Neun Abgeordnete hat unsere Landtagsfraktion, mit Christian Albrecht und Eva aus Rostock. Nun wird hart über die regionale Verteilung von Mitarbeiterstellen diskutiert. Eva und Christian wollen sich laut OZ im Landtag für bezahlbaren ÖPNV, eine gute Finanzausstattung der Kommunen sowie für die Sanierung und Digitalisierung der Schulen einsetzen.

Zur Bundestagswahl:
M-V schickt nur noch zwei linke Abgeordnete in den Bundestag: Dietmar Bartsch und Ina Latendorf. Unser Direktkandidat Dietmar (18,2 %) konnte diesmal den Amtsinhaber Peter Stein (17 %) hinter sich lassen. Aber der Rückstand zur Siegerin Katrin Zschau (SPD) ist groß. Bei den Zweitstimmen kam DIE LINKE im ganzen Wahlkreis auf 13,2 % (-7,5 %), in Rostock auf 14,2 % (-8 %). In Rostock landeten wir knapp hinter den Grünen, aber deutlich vor der CDU. Deutlicher Sieger wurde Dietmar im Innenbereich der KTV zwischen Dobi und Ulmenmarkt sowie in der Nördlichen Altstadt. Bei der Zweitstimme sah es in den gleichen Gebieten aber anders aus, denn hier siegten die Grünen.
Nach Thüringen war M-V das Flächenland mit dem höchsten Stimmenanteil für DIE LINKE (11,1%, -6,8%). Im Osten verloren Brandenburg und Sachsen-Anhalt besonders stark. Im Westen blieben alle Flächenländer (außer das kleine Saarland) unter der 5-%-Hürde, am deutlichsten Bayern mit 2,8%. Im Westen verlor DIE LINKE genau die Hälfte ihrer Stimmenanteile. Wir büßten in allen Bevölkerungsgruppen ein, außer bei den Erwerbslosen. Bei den Älteren und bei Arbeitern verloren wir besonders stark.
Zuversichtlich kann uns stimmen, dass wir bundesweit unsere größte Zustimmung bei den 18-25-jährigen bekommen haben: 8 Prozent. Bei uns im Kreisverband hatten wir bereits mindestens zehn Neueintritte direkt nach der Wahl.

DIE LINKE wurde nicht wegen ihrer Kandidaten oder aufgrund langjähriger Parteibindung gewählt, sondern aufgrund ihres Programms (75%). Schaut man auf die Prioritäten der Wähler, war DIE LINKE in einer guten Ausgangsposition. Soziale Sicherheit war lt. Umfragen das wichtigste Thema für die Menschen. Eine große Mehrheit sieht den Wohlstand in Deutschland ungleich verteilt. 40% sprechen sich für einen „grundlegenden Wandel“ aus. **Das ist besonders deprimierend: Die Menschen wollten kein Weiter-So, aber diese Wechselstimmung ging völlig an unserer Partei vorbei.**
Für potenzielle LINKE-Wähler hatte auch das Thema Umwelt/Klima einen hohen Stellenwert. Dort hatten wir aber einen Kompetenzwert von 2%, trotz eines Wahlprogramms, das radikaler war als das der Grünen. Trotzdem sollten wir am Thema dranbleiben, denn armen Menschen kommen die Folgen des Klimawandels besonders teuer zu stehen. Was wird die Regierung gegen die steigenden Energiepreise tun?

Fortsetzung auf S. 4

WAHLNACHLESE

Fortsetzung von S. 3

Niemand bestreitet, dass wir eine dramatische Niederlage erlitten haben. Der Parteivorstand schreibt: „Wir sind uns bewusst, dass wir diese zuallererst selbst zu verantworten haben.“ Die Gründe für unsere Niederlage sind vielfältig und zu einem großen Teil schon länger bekannt.

Die Menschen vermissen bei uns ein attraktives Führungspersonal. Also Menschen, denen man im Fernsehen gerne zuhört, intellektuell und volkstümlich zugleich. Typen mit Ecken und Kanten statt Verkünder des Parteiprogramms. Stattdessen haben wir zu viele Mitglieder, die mit irren Aussagen von sich reden machen – sogar Bundestagsabgeordnete. So etwas verbreitet sich heute sehr schnell über das Internet, so dass sich bei vielen Menschen der Eindruck verfestigt hat, DIE LINKE habe nicht alle Latten am Zaun. Die in manchen Parteistrukturen geführten Debatten vergraulen intelligente und geistig aufgeschlossene Mitglieder.

Die meisten Menschen halten unsere Vorschläge für unrealistisch und unbezahlbar. Tatsächlich würde die Umsetzung unseres Programms radikale Einschnitte bedeuten, für die wir keine Partner hätten. Aber was blieb uns anderes übrig, als die weit gehenden sozialen Versprechungen der SPD in diesem Wahlkampf noch zu übertrumpfen, um unterscheidbar zu sein? In der **Außenpolitik** sprechen uns 2% die größte Kompetenz zu. Fragt man LINKEN-Wähler nach ihren Prioritäten, spielt Außenpolitik kaum eine Rolle. Das ist schon deshalb bemerkenswert, weil eine rechnerisch mögliche Koalition vor allem an außenpolitischen Fragen gescheitert wäre. Jeder weiß, dass die Forderung nach Auflösung der NATO nicht umzusetzen ist. Katja Kipping stellte fest, dass im Wahlkampf der Eindruck entstanden sei, DIE LINKE stelle den NATO-Austritt über ihre sozialen Forderungen. Vor allem junge Linke halten unsere Anti-NATO-Forderungen für Folklore.

War es richtig, sich im Wahlkampf offensiv als Koalitionspartner anzubieten? Einerseits ja, da die meisten unserer Anhänger erwarten, dass wir endlich unsere Wahlprogramme in Taten umsetzen. 94 Prozent der LINKEN-Wähler fände es gut, wenn „sie einer Regierung beitreten würde“. 2017 war es genauso, es spricht also wenig dafür, dass wir wegen der „Anbiederung an die SPD“ Wähler verloren haben. Andererseits wurde im Wahlkampf deutlich, dass die Führung von SPD und Grünen sich die Option Rot-Grün-Rot nur aus taktischen Gründen offenhielt. Selbst Saskia Esken gab kurz vor der Wahl dann negative Signale. Für kluge Wähler war klar, dass es kein R2G geben wird. Dann doch lieber Scholz wählen, um Laschet zu verhindern.

Der **Streit um und mit Sahra Wagenknecht** hat der LINKEN sehr geschadet. Manche wählten uns nicht mehr aufgrund

ihrer kontroversen Äußerungen (Lifestyle-Linke, skurrile Minderheiten, etc.), andere wegen der innerparteilichen Kritik an ihr. In jedem Fall hatten viele Wähler den Eindruck, die chronisch zerstrittene Linkspartei spreche nicht mit einer Stimme. Wer uns wählt, weiß nicht, was er bekommt. Sahras wichtigstes Argument, dass DIE LINKE den Kontakt zu Arbeitern und Rentnern verloren hat, habe ich auch von manchen Bürgern gehört. Das lässt sich ja auch gar nicht leugnen, die Zahlen belegen es, aber Strategiedebatten sollten nicht über die Medien, sondern innerhalb der Partei geführt werden. Nicht mitten im Wahlkampf, sondern danach. Susanne Hennig-Wellsow bemüht sich als Parteivorsitzende sehr um Sahras Integration in die Parteiarbeit. Dafür kann man ihr nur viel Erfolg wünschen.

Selbst ein guter **Wahlkampf** kann das Wahlverhalten nur begrenzt beeinflussen, denn die anderen Parteien machen ja auch Wahlkampf und haben ganz andere finanziellen Möglichkeiten, als wir. Dann müssen wir uns auf andere Weise von den politischen Konkurrenten abheben. Da ist die meist langweilige und biedere Außendarstellung der Partei schon lange ein Problem. Es reicht schon lange nicht mehr, Forderungen auf Plakate und in die Wahlzeitung zu schreiben. Können wir von Bewegungen wie „Deutsche Wohnen enteignen“ lernen?. Das Engagement der Parteimitglieder war hingegen wieder enorm und wird auch in Zukunft das wichtigste Kapital der LINKEN sein. Aber auch hier sind unsere **Strukturprobleme** evident. Strukturen brechen weg, und von bestehenden Strukturen gehen zu wenige Impulse für die Parteiarbeit aus. Hinzu kommt ein Generationenproblem. Jung und Alt kommen oft nicht zusammen, weil die Unterschiede hinsichtlich Sprache und Denkweise teils unüberbrückbar sind.

In diesen Wochen hat bereits ein intensiver Gedankenaustausch begonnen – organisiert in den Parteistrukturen und unorganisiert in den sozialen Netzwerken. Von einer Bundesbasiskonferenz ist die Rede. So wichtig es ist, einen Gedankenaustausch zu ermöglichen, wissen wir doch, dass es vor allem die Aufgabe von Parteivorstand und Bundestagsfraktion ist, die Pluralität der LINKEN in die richtigen Bahnen zu lenken.

Zentrale Frage: Wie erreichen wir die Menschen mit unseren Inhalten? Wir werden künftig noch weniger Sendezeit bekommen. Der Parteivorstand hat eine widersprüchliche Kommunikation in Schlüsselfragen unserer Zeit als Grundübel der LINKEN ausgemacht. Das müsse sich ändern: „Ein Neuanfang muss daher darauf abzielen, hier eine bessere Abstimmung zwischen Partei und Fraktion sowie innerhalb der Bundestagsfraktion sicherzustellen. Der neuen Bundestagsfraktion und dem Fraktionsvorstand kommt eine hohe Verantwortung zu, auf Basis des Wahlprogramms geschlossen zu agieren.“

Wir müssen einerseits die Systemfrage stellen und einen rebellischen Geist ausstrahlen, andererseits aber auch Bereitschaft signalisieren, Verantwortung zu übernehmen und Kompromisse einzugehen. Das ist ein schwieriger Spagat, aber er ist möglich.

Inhaltliche Fragen sind zu klären. Was bedeutet es für die Partei, wenn deren „Ostidentität“ gestärkt werden soll, wie Gregor Gysi es fordert. Ist der Westaufbau gescheitert? Ist die West-LINKE mitschuldig am Niedergang der Ost-LINKEN?

Unser außenpolitisches Programm muss dringend weiterentwickelt werden. Matthias Höhn machte hierzu Vorschläge. Eine Debatte war jedoch nicht erwünscht, stattdessen gab es jene Schmähungen, die unsere Partei manchmal so unerträglich machen. Nach der Wahl ist es vielleicht anders? Friedenspartei zu bleiben, aber mit realistischen und durchdachten Konzepten – das ist die Herausforderung.

DIE LINKE muss gute junge Leute gezielt aufbauen, die später Verantwortung übernehmen und als Team auftreten. Dann kann man personelle Defizite in gewissem Umfang kompensieren, denn 75% der Wähler wählen DIE LINKE ohnehin wegen ihres Programms. Das war vor vier Jahren genauso, da hatten wir noch bessere Ergebnisse, bevor der Streit um Sahra eskalierte. Geschlossenheit ist der Schlüssel, siehe SPD, FDP und Grüne. Linke und CDU sind daran krachend gescheitert.

Vor Ort müssen wir Mitgliedern, die nach aktiver Mitarbeit streben, mehr Angebote machen. Informelle Treffen könnten Kreisparteitage und Vorstandssitzungen ergänzen. Vorstände auf jeder Ebene sind nicht der Nabel der Welt. In den Stadtteilverbänden muss den jungen (Neu-)Mitgliedern mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet werden – das ist nicht immer der Fall.

Im Namen des Kreisvorstandes möchte ich mich herzlich für Eure Unterstützung im Wahlkampf bedanken. Ob beim Plakatieren oder Stecken, an Infoständen und Haustüren – so viele Genoss*innen leisteten einen aktiven Beitrag für ein möglichst gutes Wahlergebnis. Das war toll! WIR SAGEN DANKE!

Carsten Penzlin

HAUSTÜRWAHLKAMPF IN LÜTTEN KLEIN

Am 2. September luden wir, Johanna Jawinsky und Merve Hähnel, zu Gesprächen an der Haustür ein. Da es sich um ein Hochhaus in Lütten Klein handelte, setzten wir uns mit einem Tisch voller Material unten in den Flur, wo die Bewohner des Hauses vorbei kamen.

Zu Beginn sagte ein Mann: „Mich brauchen Sie nicht zu agitieren, ich wähle schon immer links“. Gleich vorweg, es hat sich gelohnt. Wir haben nicht gezählt, aber in 1,5 Stunden hatten wir über 20 Gespräche.

Die meisten Bewohner nahmen gern Wahlmaterial mit und sagten, dass sie DIE LINKE wählen würden. Einige wenige wehrten ab, sie hätten sich schon entschieden bzw. wollten nicht mit uns sprechen. Das waren meist jüngere Menschen. Nur ein Herr äußerte, sich noch nicht entschieden zu haben. Eine Dame, offensichtlich gehbehindert, sagte: „Ich wähle nicht mehr, ich bin zu alt.“ Hanna hatte aber Briefumschläge für die Briefwahlanforderung vorbereitet und mit der Adresse versehen. Sie spendierte noch eine Briefmarke und die Dame nahm dann den Umschlag gern entgegen.

Einige Frauen nutzten gern unser Gesprächsangebot und ließen sich auch Zeit. So erfuhren wir aus Ihrem Leben und wie gerne sie in diesem Hochhaus und in Lütten Klein wohnen.

Auf die Außenpolitik angesprochen sagte ein Bewohner: „Ich bin gegen Kriegseinsätze – war selbst Soldat im 2. Weltkrieg. Die Kriege endeten immer im Fiasko wie jetzt in Afghanistan. Die Taliban verfügen nun über die modernsten Waffen der Welt. Die Deutschen sollten sich in Zukunft heraushalten!“

Zu sozialen Fragen wurden Meinungen geäußert: „Es ist eine Schande, dass es nach mehr als 30 Jahren immer noch keine gleichen Löhne und gleiche Renten gibt, obwohl es immer wieder von der Regierung versprochen worden ist.“ Eine Frau beklagte, dass sie keinen festen Arbeitsvertrag hat und nur nach geleisteten Stunden bezahlt wird – so traut sie sich nicht, sich krank zu melden. Sie stimmte der Forderung in unserem Wahlprogramm zu, grundlos befristete Arbeitsverträge abzuschaffen.

Entgegen dem Ergebnis einer Umfrage in Neubaugebieten (sog. Plattenbauten) sagten mehrere ältere Bürger*innen: „Sie wohnen gern in Lütten Klein. Die Wohnungen der Genossenschaften sind gut und bezahlbar, die Anbindung an die Innenstadt und nach Warenmünde durch Straßenbahn und Busse günstig, die Fahrkarten allerdings zu teuer.“ Zu den Verschönerungsmaßnahmen zwischen Ahlbecker und Turkuer Straße gab es unterschiedliche Meinungen: „Wir möchten gern die ruhige Umgebung behalten, allerdings wären mehr Bänke gut.“ Andere sind für mehr Spielplätze und Sportmöglichkeiten auch für Ältere. Auf jeden Fall sind alle auf das Ergebnis gespannt.

Sehr kritisch wurden die Fußwege bewertet: „Diese sind unsagbar schlecht, Stolpern ist angesagt, mit Rollatoren und Rollstühlen nur mühevoll zu bewältigen. Anstatt zur BuGa eine Brücke über die Warnow zu bauen, sollte das Geld lieber für die Fußwege ausgegeben werden.“ Eine andere Meinung dazu: „Für die Warnowbrücke bekommt die Stadt aber Fördergelder – für Fußwege nicht.“

Auch an der großen Parkbank beim Sozialkaufhaus kam es zu Gesprächen. Eine ursprünglich aus Sotchi stammende ältere Dame, sagte sie lebt gern hier, das Lebensnotwendige habe sie. Verreisen könne sie aber mit ihrer kleinen Rente nicht. Dennoch lobte sie unseren Kandidaten: Herr Bartsch sagt die Wahrheit.

Die Aussage von Albert Einstein, wenn man das Geld, welches für Kriege und Rüstung ausgegeben wird, für friedliche Zwecke nutze, könne die ganze Menschheit in Wohlstand leben, wurde als richtig empfunden, allein man zweifelte daran, dass das gelingen würde.

Unser Fazit: Diese Art der Bürgergespräche bieten sich überall an. Wir haben zugehört, diskutiert und natürlich für unsere Partei geworben.

Johanna Jawinsky/Merve Hähnel

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 29.9.

Drei Tage nach den Bundes- und Landtagswahlen am 29. September und mit 13-minütiger Verspätung eröffnete die Präsidentin Regine Lück die 8. Rostocker Bürgerschaftssitzung in diesem Jahr. Aufgrund der Coronabestimmungen fand diese wieder in der Rostocker Stadthalle statt.

Fehlende Mitglieder in den Ortsbeiräten

Es wurden wiederholt Nachwahlen für Ortsbeiräte vertagt. So fehlen seit Monaten Vertreter in den Ortsbeiräten Brinckmansdorf, Stadtmitte, Dierkow-Ost, Dierkow-West, Dierkow-Neu und Toitenwinkel. Und seit Monaten muss die Bürgerschaft die Nachwahlen vertagen. Grund dafür ist der desolate Zustand in der Rostocker Alternative für Deutschland. Und so wie es derzeit in der Partei aussieht, wird dieser Zustand weiter anhalten.

Eis- und Schwimmhalle im Nordwesten

Weiterhin wurde wieder eine Entscheidung zur Standortfrage der kombinierten Eis- und Schwimmhalle vertagt. Die Bürgerschaft hat sich per Beschluss dazu verpflichtet, selbst über den zukünftigen Standort zu entscheiden.
Es kursieren derzeit Varianten von 10‘000qm bis 40‘000qm und das müsse erstmal geklärt werden, so die Begründung der Vertagung. Auch sieht sich das zuständige Amt, welches die bisherigen Vorschläge aus bautechnischen Gründen abgelehnt hat, derzeit nicht in der Lage, einen neuen geeigneten Standort zu finden.
Was natürlich denjenigen in die Hände spielt, die die Variante von zwei getrennten Bauten favorisieren. Zuerst kam diese Idee im Gestaltungsbeirat der Hansestadt auf, dass man die Gebäude baulich trennen sollte. Dann meldete sich unser Oberbürgermeister Madsen zu Wort und präsentierte einen Investor, der sehr daran interessiert sei, nur eine Eishalle zu bauen und kein Interesse an einer Schwimmhalle hat. Wo, laut Aussage des Investors, Rostock zum „Leuchtturm des Eissports“ werden kann, aber auch nur, wenn man ihm das Baugrundstück schenke.
Da uns jetzt das Thema eine Weile verfolgen wird, bleiben wir eloquent bei unserer Forderung, dass es nur eine kombinierte Eis- und Schwimmhalle im Nordwesten Rostocks geben darf. Als Grund führen wir hierzu die Kosten für den Bau auf. Denn wer zweimal baut, zahlt zweimal und die Baukosten steigen derzeit stetig. Ein anderer Grund sind die großen Geld- und Energieeinsparungen des laufenden Betriebes. So könne durch Abwärme der Eishallengefriermaschinen das Wasser und die Halle des Schwimmbads geheizt und so sehr viel Strom und letztendlich CO2 eingespart werden. Und drittens: Rostocks Bevölkerung wünscht sich eine Halle im Nordwesten Rostocks schon seit den 70igern des letzten Jahrhunderts.

Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft

Caterpillar ist ein amerikanisches Unternehmen, das sich auf den Motorenbau spezialisiert hat. Caterpillar ist Marktführer im Bereich Minenausrüstung, Diesel und Gasverbrenner, Industrieturbinen und Landwirtschaftsmaschinen.
Und Caterpillar hat einen Standort hier in Rostock, welchen sie nun schließen werden.
Hierfür wurde eine aktuelle Stunde einberufen. Regine Lück hat den Geschäftsführer Mark Kinsley für den Caterpillar-Standort Rostock eingeladen.

Dieser sagte ab und schickte eine Email, welche sie verlas: „Hinsichtlich der neuen globalen strategischen Ausrichtung möchte ich ihnen zudem mitteilen, dass sich die Geschäftsführung der Caterpillar Motoren GmbH und Co. KG mit der Arbeitnehmervertretung zur Umsetzung der neuen Strategie am Standort Rostock informiert hat.
Ich möchte ihnen dabei zusichern, dass die Geschäftsführung ihren bereits bestehenden Dialog mit dem OB Madsen und dem Land MV auch in Zukunft fortsetzen wird, um gemeinsame mögliche Lösungen für die Folgen der lokalen Umsetzungspläne zu sondieren.“

Stefan Schad von der IG Metall Rostock berichtete daraufhin über die Lage am Standort in der Werftallee. Mitte Juni wurde der Belegschaft ein Video präsentiert, in dem die Geschäftsleitung die Trennung von der Motorenproduktion ankündigte. Anfang Oktober kam dann die Meldung, dass der Standort Rostock 2022/2023 geschlossen wird. 600 hochqualifizierte Mitarbeiter mit einem Durchschnittsalter von 35 werden ihre Arbeit verlieren.

Nun rief Herr Schad die Bürgerschaft auf, mitzuhelfen und nach einem neuen Investor zu suchen. Aus Rückmeldungen weiß man, dass es Interessenten gäbe. Denn Rostock hätte mit einem neuen Investor auch einen gut aufgestellten und modernen Betrieb im Bereich Offshore, was einem Markt von 50 Mrd. Euro jährlich entspricht, Tendenz wachsend. Eva-Maria Kröger rief dazu auf, die maritime Industrie in Rostock zu halten, zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Die Bürgerschaft welche sich durch die erlebten Vorgänge bei Caterpillar entrüstet zeigte, erwiderte den Aufruf mit Zusagen zur Unterstützung für die Mitarbeiter und dem Standort.

Antrag zum Bücherbaum

Der Bücherbaum für die Stadtteile kommt. Es gab ein OK aus der Verwaltung für unseren Antrag, was die Aufstellung von Schränken oder Telefonzellen zum Tauschen von Büchern genehmigt, da es keine großen baurechtlichen Einwände gäbe. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, und die Ortsbeiräte können sich nun Standorte suchen. Diese Orte können im Antrag dann noch mit Bänken und Grün als Oasen gestaltet werden. Eine tolle Initiative, welche die Wohngebiete aufwertet.

Eine Ortsumgehung für Nienhagen

Die Hinrichshägener Straße gehört zu den stark befahrenen Straßen in Rostock. Täglich befahren über 10000 Autos die Straße und bringen neben Dreck auch eine Menge Lärm mit. Daher wünschen sich die Anwoh-

ner eine Umgehungsstraße für Nienhagen, damit es ein lebenswerterer Stadtteil wird. Dieses Problem hat unsere Stadtverwaltung erkannt und es auf eine Liste gesetzt. Dummerweise steht diese Umgehung sehr weit hinten auf der Prioritätenliste. Ein Antrag der CDU soll den Bürgermeister dazu aufrufen, dass die Umgehung mehr Priorität bekommt und schnellstens realisiert wird.
Es war eine sehr knappe Abstimmung. Auch in unserer Fraktion herrschte Uneinigkeit über das Thema. Zum einen die Befürworter, welche das Anliegen der Bürger unterstützten, zum Anderen diejenigen welche auf den Ausbau der Zufahrt zu dem Überseehafen warten wollen, um den Bau in einem Projekt mit anzupacken. Mit der Mehrheit von einer Stimme wurde der Antrag angenommen und die Ortsumgehung Nienhagen erfährt nun eine Aufwertung ihrer Priorität.

Barrierefreies Frauenhaus

Im Oktober 2017 ist Rostock der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern (Istanbul Konvention) auf lokaler Ebene beigetreten. Seit Mai 2019 gibt es den Gleichstellungsaktionsplan. Darin wurde der Bau eines barrierefreien Frauenhauses festgelegt, dessen Fertigstellung für 2021 geplant war. Die Grundsteinlegung ist bereits erfolgt und die Planungen für die Gestaltung der Innenräume laufen.
Da dieser Bau mit Landesfördermitteln geplant wurde, diese aber z.Zt. noch nicht zur Verfügung stehen, ist das Vorhaben ins Stocken geraten. Eine Förderung durch das Land wurde aber in Aussicht gestellt. Der heutige Beschluss drückt nochmals den Willen der Bürgerschaft für den Bau eines neuen Frauenhauses aus.
Unsere Gleichstellungsbeauftragte Wenke Brüdgam erläuterte die Lage. So können derzeit Frauen mit Söhnen im Teenageralter nicht aufgenommen werden. Entweder müssen die Söhne bei Dritten oder in der Kinder- und Jugendnothilfe untergebracht werden.
Sie sprach dabei zu Recht von einer unzumutbaren Situation für die jungen Familien. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass der Mietvertrag der bisherigen Immobilie am 31.01.2027 endet und nicht davon auszugehen ist, dass dieser vom Eigentümer verlängert wird.
Ein Frauenhaus dient nicht nur einer sicheren Unterkunft von Frauen mit Gewalterfahrungen. Es ist auch Aufgabe von Frauenhäusern, den Frauen in dieser traumatischen Lebenssituation auf die Beine zu helfen, sie bei rechtlichen Schritten zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen ein neues, eigenes Leben frei von Gewalt aufzubauen. Und es ist unsere Aufgabe als Stadt ein zeitgemäßes, ausreichend großes und barrierefreies Frauenhaus vorzuhalten. Daher muss die Zielstellung der Bürgerschaft sein, dass das Frauenhaus spätestens Ende 2026 in Betrieb genommen werden kann. In diesem Antrag wird der KOE wird beauftragt, eine Entwurfsplanung für den Bau bis Ende September 2023 vorzulegen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

CDU gegen Gendersternchen

Die CDU hat sich im Wahlkampf als Partei für die Zukunft dargestellt und wollte sich mit ihrem Antrag wohl modern zeigen. Derzeit ist die Lage so, dass es einen Entwurf in Rostock zur Sprachregelung für Ämter gibt. Dieser Entwurf soll dafür Sorge tragen, dass niemand in der Ansprache ausgrenzt wird. Hierfür ist das Gendersternchen gedacht.
Dieser einfache Kniff kann große Dinge in den Köpfen der Menschen bewegen. Chris Günther von der CDU war anderer Meinung. Sie sprach gegen das Gendersternchen, bezeichnete es als Wortspielereien, die nicht in der historischen Sprachkultur und Tradition stehen. Und wenn man das generische Maskulin benutze, sei auch immer die Frau gemeint.
Die Diskussion wurde emotionaler, weil einige Abgeordnete dies als Eingriff in ihre Freiheit sahen. Letztendlich hat Eva-Maria es nochmal auf den Punkt gebracht als sie beschrieb, dass es so etwas wie traditionelle Sprache nicht gebe und das sich Sprache immer weiter entwickelt. Hierfür führte sie Anglizismen an, welche wir schon heute benutzen. So machen wir Meetings, gehen zum Brunch und versuchen uns in der Life-Work-Balance.
Wenke Brüdgam ergänzte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass wir in Deutschland ein drittes Geschlecht haben und dass dieses auch das Recht auf Gleichberechtigung hat. Unsere Denkweise funktioniert immer noch so, dass in bestimmten Berufen der Mann gemeint ist und in anderen die Frau. Und diese Denkweise muss überwunden werden, hieß es aus der SPD.
Der Antrag der CDU wurde nach langer Diskussion abgelehnt. Rostock hat sich auf die Fahnen geschrieben in diesem Punkt der Gleichstellung Vorbild zu sein. Eric Adelsberger fasste die Diskussion so zusammen: „Holde Maid der Kumpanei der Christdemokraten seid gedankt für das gereichte Pergamentum, aber Sprache verändert sich stetig, ich bin mir sicher, sie gewöhnen sich dran.“

Alle Punkte der Bürgerschaft kann man jederzeit im Internet unter ksd.rostock.de nachlesen.

Martin Raspe

Immer mal wieder... die neue Schwimmhalle

Zum Bericht der OZ vom 10.09.2021

Auf den Bau der Schwimmhalle werden die Bürger im sogenannten „Nordwesten“ wohl wieder warten müssen?! Man kann schon daran verzweifeln, wenn man bedenkt, dass diese Halle bereits beim Baubeginn von Lütten-Klein im Jahre 1965 und darauf auch Evershagen 1970, Lichtenhagen ab 1972, Schmarl 1976 und schließlich auch in Groß-Klein 1979 vorgesehen war.
Tatsache ist, dass die Menschen in diesen Stadtteilen auch für den Nordwesten gern eine Schwimmhalle gehabt hätten, und sei es auch nur für den äußerst wichtigen Schwimmunterricht ihrer Kinder. Seit es im November 1991 Ortsbeiräte (OBR) in Rostock gibt, wird das Thema in ihren Sitzungen immer mal wieder in allen fünf OBR des Nordwestens, auch bis zu den Oberbürgermeistern, angesprochen. Es ist müßig darüber zu reden, welche Investitionen zu Lasten des Schwimmhallenbaues im Nordwesten bisher bereits entstanden. Genauso wie jetzt wieder neue Gründe gesucht werden, die den Bau der Schwimmhalle in Frage stellen, wie z.B. die angeblich fehlende Quadratmeterzahl an Baufläche. Meiner Meinung nach gibt es genug Projektvorschläge zum Bau der Schwimmhalle, und den Architekten wird es nicht schwer fallen, auch noch die Eishalle mit ihr zu verbinden. Deswegen stimme ich dem Genossen Kolbe zu, der in obigem Artikel schrieb „wir werden... nicht zulassen, dass es noch mal fünf Jahre dauert“, und auch Herrn Mucha, der sagt: „wir bauen eine Halle für die Bürger dieser Stadt“.
Und das wird es bei Realisierung des Vorhabens im wahrsten Sinne des Wortes, denn es wurden immer wieder 69.877 Bürger (Stand 31.12.2020) vertröstet – immerhin ein Drittel der Gesamtbevölkerung von Rostock. Meiner Meinung haben diese Bürger bisher immer wieder nachgegeben, werden sie es auch weiterhin tun? Diese Meinung schreibe ich, weil ich mich in erster Reaktion – als ich den o.a. Artikel gelesen hatte – am liebsten mit einem Protestplakat auf den Neuen Markt gesetzt hätte...

Wolfgang Schmidt, Schmarl

p.s.: Eine ähnliche Situation könnte auch beim Neubau unseres Theaters beschrieben werden, nur, dass es hier 209.112 Bürger betrifft (Stand: 06.2021)!

NACHGEHOLTER KINDERTAG MIT GROSSER RESONANZ IN SCHWAAN

Am 19. September von 14-18 Uhr haben die Kinder aus Schwaan und den umliegenden Gemeinden ein schönes Kinderfest auf der Festwiese am Lindenbruch erleben dürfen. Mit Flyern und Plakaten haben wir, DIE LINKEN von Schwaan, anlässlich des Weltkindertages am 20. September, auf das große Kinderfest eingestimmt. Unterstützt haben uns die Jugendfeuerwehr Schwaan und die Jugend für Schwaan.
Die Resonanz war beeindruckend, denn ca. 900 Teilnehmer konnten wir begrüßen. Die Kinder stürmten begeistert die Riesenhüpfburg, drehten das Glücksrad, übten sich im Zielwerfen und Stelzenlaufen und konnten dafür auch kleine Preise einheimsen. Um 15.30 Uhr gab es einen weiteren Höhepunkt. Die Puppenbühne „Kleines Theater“ aus Sanitz führte das Grimm‘sche Märchen Rapunzel auf. Einen großen Dank an Armin Lüth für den Bau der Bühne und deren Transport.
Eine Bastelstraße wurde genau so intensiv genutzt wie sich schminken zu lassen nach ausgewählten Motiven. Große Seifenblasen stiegen in die Luft und das T-Shirt sowie Taschen bemalen wurde umfangreich genutzt. Verschiedene Säfte, Bratwurst vom Grill, Popcorn, Zuckerwatte, Slushy,

alles das konnten die Kinder mit ihrem Gutschein genießen. Die Eltern, Omis und Opis sowie Begleiter und Gäste hatten ebenfalls die Möglichkeit, den Grillimbiss, Kaffee und Kuchen sowie Torte gegen eine Spende zu nutzen. Die Spendengelder von 820 Euro werden an die Unterstützer sowie den Chor der Prof. Franz-Bunke-Schule, den Akkordeon Kids der Musikschule Fröhlich, Kindertanzgruppe Bad Doberan übergeben.
Danke an die Stadt Schwaan für die Nutzung der Festwiese und der Zelte sowie Sitzbänke und Tische. Ebenfalls Dank an Herrn Voß für den mobilen WC-Wagen und Herrn Diemer für den Stromanschluss.
Das nächste Kinderfest kommt bestimmt.

Manfred Klein, Vorsitzender der BO „DIE LINKE“ AMT Schwaan

WELTFRIEDENSTAG

Rede zum Weltfriedenstag 2021 von Prof. Hans-Dieter Sill

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, werte Damen und Herren,
Wir treffen uns heute wie jedes Jahr aus zwei Anlässen, dem Antikriegstag am 1. September, dem Weltfriedenstag in der DDR und dem Tag der Erinnerung und Mahnung am 9. September. Der 1. September ist auf Initiative des DGB seit 1966 in der Bundesrepublik unter der Bezeichnung „Antikriegstag“ ein offizieller Gedenktag. Ich finde die Formulierung Antikriegstag sogar besser als Weltfriedenstag. Gegen Krieg zu sein, ist aktivierender und weittragender. Natürlich bedeutet für Frieden zu sein das Gleiche, denn es gibt kein Drittes.
Wie wurde dieser offizielle Gedenktag in der Bundesrepublik in diesem Jahr begangen?
Angesichts der zahlreichen Kriege in der Welt und der zunehmenden Kriegsgefahr sowie des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion im Juni wäre es wichtiger denn je, diesen Tag für Veranstaltungen, Reden und Presseartikel gegen den Krieg zu nutzen. In den online-Ausgaben der SVZ, des Spiegel, der FAZ, der taz, des Freitag und auch des nd gab es am 1. 9. kein Sterbenswort dazu! Lediglich die junge welt hatte auf Seite 1 einen Artikel sowie eine Beilage zum Thema Antikriegstag mit zahlreichen Beiträgen und einem Aufruf des DGB sowie einen Hinweis auf zwei Antikriegsdemos in Frankfurt am Main und München. An den folgenden Tagen wurde in der jungen Welt noch und nur dort über folgende Ereignisse anlässlich des Antikriegstages berichtet:
- Mitglieder der Linken in Neukölln versammelten sich am Bat-Yam-Platz, um gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen zu demonstrieren.
- In Hamburg fand eine Demo mit Hafenarbeitern, DKP-Mitgliedern, Aktivistinnen des »Roten Frauenkomitees«, der Gruppe »Bildung ohne Bundeswehr«, Mitglieder der Linken und diversen anderen Initiativen statt. Sie protestierten gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen.
Die Auflistung von Aktivitäten ist sicher nicht vollständig, aber es ergibt sich bereits ein erbärmliches Bild vom Kampf gegen den Krieg in Deutschland.
Gibt es eigentlich Menschen, die für einen Krieg sind?
Ihr werdet sicher meinen, dass dies nur wenige oder vielleicht gar keine sein können. Doch fragen wir uns selbst. Haben wir nicht auch erwartet, dass die Regierungstruppen in Afghanistan mit ihrer ganzen militärischen Kraft gegen die Taliban kämpfen und waren wir nicht enttäuscht, als dies nicht geschah? Doch dieser Kampf hätte Krieg bedeutet, Bürgerkrieg. Deshalb können wir froh sein, dass es nicht dazu kam.
Woher kommt die Toleranz gegenüber dem Töten anderer Menschen?
Das Töten von Menschen ist in der Geschichte der Menschheit tief verwurzelt. Andere töten, um selbst leben zu können, war ein Lebensprinzip in ihren Anfängen. Dieser Urtrieb wurde dann später von Herrschenden zur Durchsetzung ihrer Interessen immer wieder wachgehalten. Beispiele sind Alexander der Große bei seinen brutalen Feldzügen, die katholische Kirche bei ihren Kreuzzügen und Judenpogromen, Hitler beim II. Weltkrieg und der Judenvernichtung, Stalin, Mao und Pol Pot bei ihren brutalen Vernichtungsaktionen gegen Kritiker und Andersdenkende.
Heute wird von den Herrschenden alles getan, damit diese Toleranz dem Töten gegenüber am Leben bleibt. Dazu gehört die Hetze gegen Russland, China, Kuba, Venezuela und andere Staaten, die einen zu mindestens in Ansätzen nichtkapitalistischen Weg beschreiten wollen.
Aber auch Teile der Kulturindustrie leisten ihren Beitrag dazu. So vor allem die die amerikanischen Filmkonzerne, die in zahllosen Filmen immer wieder drastisch demonstrieren, dass es das Recht und die Pflicht der guten Menschen ist, die Bösen zu töten.
Der Kampf gegen den Krieg beginnt mit der Bloßstellung und Verachtung solcher Filme. Linke Aktivisten sollten hier ihre Stimme viel deutlicher erheben.
Warum wird das Töten von Menschen

verherrlicht und warum werden Kriege geführt?
Die genannten Hollywood-Filme wurden nicht zu dem Zweck produziert, etwas künstlerisch Wertvolles zu schaffen, sondern es geht darum, die Kassen der Filmkonzerne zu füllen, was ihnen dann auch in erschreckender Weise gelingt.
Kriege werden nicht primär aus ideologischen oder politischen Gründen geführt, um etwa die christliche Ideologie oder die westliche Demokratie Andersgläubigen und anders lebenden Menschen mit Gewalt aufzuzwingen. Eine Ausnahme bildeten vielleicht die Befreiungskriege. Der meist verschleierte Hauptgrund eines Krieges sind knallharte ökonomische Interessen, und zwar vor allem der Rüstungsindustrie. Je mehr, je größere oder je brutalere Kriege geführt werden, umso höher ist der Profit. Wenn jetzt gesagt wird, dass der Westen in Afghanistan Milliarden umsonst ausgegeben hat, dann ist das völlig irreführend. Die ausgegebenen Milliarden sind vor allem in den Kassen der Rüstungsindustrie gelandet. Der Westen hat es nicht einmal geschafft in der Zeit der Besetzung Afghanistans die Unterernährung abzuschaffen. Die UN-Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation schreibt, dass im Mittelwert der Jahre 2018 bis 2020 etwa ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans unter Unterernährung leiden. Die Zahl der unterernährten Afghanen ist mit etwa 10 Millionen seit 2004 bis heute konstant geblieben.
Was sollten Linke dagegen tun?
Zu allererst ist eine offensive Aufklärungsarbeit nötig, die möglichst viele Menschen erreicht. Dazu bedarf es aus meiner Sicht eines eigenen zentralen Mediums wie einen TV- oder zumindest Youtube-Kanal.
Neben dem Nachweis der drohenden Kriegsgefahr durch weltweite Aufrüstung und gezielte Zuspitzung von Konflikten muss auch auf die vielen Lügen und das Verschweigen von Informationen zu Kriegsereignissen aufmerksam gemacht werden. Wie im jüngsten Fall zu Afghanistan. Der Experte für diese Fragen Peter Scholl-Latour betonte immer wieder, dass die Intervention des Westens in Afghanistan nach den Anschlägen am 11. September 2001, also vor genau 20 Jahren, in keiner Weise gerechtfertigt ist. Er sagte: „Der Terrorismus ist ja gar nicht aus Afghanistan gekommen. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verübten keine Afghanen. Das waren Saudis. Es gibt keinen einzigen Afghanen, der internationalen Terrorismus betrieben hat.“
Die islamische Sekte der Taliban ist in Pakistan entstanden und wurde von Pakistan schon vor 2001 massiv militärisch unterstützt. Auch jetzt wäre die Eroberung des Landes ohne die logistische, ideologische und militärische Unterstützung von Pakistan, insbesondere seines mächtigen Geheimdienstes, nicht möglich gewesen bis hin zur jüngsten Eroberung des Pandschirtales. Die Rolle von Pakistan wird in den Medien bewusst verschwiegen.
Am Beispiel von Afghanistan kann auch gut demonstriert werden, dass man mit Waffen keine Konflikte lösen kann und sich die angeblich so fortschrittliche westliche Demokratie Ländern mit anderen kulturellen Traditionen nicht aufzwingen lässt.
Wir sollten diese Dinge viel deutlicher sagen. Warum verzichten wir auf den bekannten Slogan: „Frieden schaffen ohne Waffen“? Man sollte ihn in der ersten Phase abwandeln: „Man kann Frieden schaffen ohne Waffen“.
Diesen Aktivitäten steht auch eine Regierungsbeteiligung nicht im Wege.
Ein nächster, darauffolgender Schritt wäre dann der Kampf gegen die Rüstungsindustrie. Auch dafür gibt es einen passenden Spruch, der auf die Bibel zurückgeht und zum Leitspruch von Friedensinitiativen und Ost und West wurde: „Schwerter zu Pflugscharen“.
Die Rüstungsindustrie ist neben den Börsen ein Kernelement des Kapitalismus. Beide sind von ihrer Macht her zwar die stärksten aber von ihrer Rechtfertigung her die schwächsten Glieder und damit auch die besten Hauptangriffspunkte. Weder die Notwendigkeit von Milliarden für Rüstungsgüter noch der Sinn von Börsen lässt sich der Mehrheit der Bürger überzeugend erklären. Auch für die Rüstungsindustrie gilt das Prinzip der Marktwirtschaft: Jede Produktion basiert auf dem Bedürfnis des Marktes und was produziert wird, muss auch verbraucht werden. Also ist Krieg eine notwendige Reproduktionsbedingung der Rüstungsindustrie. Darüber aufzuklären sollte ein Schwerpunkt der politischen Aktivitäten von Linken sein.
Die Forderung eines Verbots von Waffenexporten ohne die gleichzeitige Forderung von Maßnahmen zur Konversion der Rüstungsbetriebe ist zu kurz gegriffen. Die Forderung richtet sich zudem gegen die Interessen der Arbeiter in den an der Rüstungsproduktion beteiligten Betrieben. Die CDU gibt an, dass ein Verbot von Rüstungsexporten 200.000 Arbeitsplätze gefährdet, darunter auch bei uns im Land. Im Erfurter Programm und auch im ausführlichen Wahlprogramm 2021 wird der Gedanke der Konversion auf den letzten Seiten durchaus angesprochen, aber sie können jetzt noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Genauso sind die von der LINKEN jetzt im Mittelpunkt des Friedenskampfes gesetzten Fragen des Verbots von Auslandseinsätzen oder der Auflösung der NATO sekundär und stehen erst am Ende des Kampfes zur Debatte.
Der Kampf gegen den Krieg sollte mit dem Kampf gegen den wieder erstarkenden Rassismus und Faschismus in Deutschland verbunden werden. Das Grauen des Zweiten Weltkrieges, emotional erlebbar gemacht in Filmen der Defa und in sowjetischen Filmen, sollte in geeigneter Weise der Jugend nahegebracht werden.
Lasst uns zum Abschluss der Opfer des Faschismus gedenken, indem wir versprechen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit es uns gelingt, die Gefahr von Krieg und Faschismus zu bannen.

Gedenken an die Opfer des Faschismus am 12.9. in Rostock

LINKE FRIEDENSPOLITIK IM BUNDESTAG

Sinnlosen Afghanistan-Krieg sorgfältig und seriös aufarbeiten

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will an diesem Mittwoch den gescheiterten Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan bilanzieren. Ungeachtet der Kritik aus allen demokratischen Fraktionen des Parlaments hält sie an der Terminsetzung so kurz nach den Bundestagswahlen fest. Dabei sollte nach 20 Jahren Krieg wahrlich die Zeit sein, bis zur Konstituierung des neuen Deutschen Bundestages Ende Oktober zu warten.
Die Aufarbeitung der NATO-Niederlage sollte sorgfältig, seriös und transparent erfolgen, statt jetzt einfach von einer Ministerin auf Abruf im Schweinsgalopp über die Bühne gepeitscht zu werden. DIE LINKE setzt sich daher für die Einberufung eines öffentlich tagenden Untersuchungsausschusses zur Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Krieg ein. Dieser muss die enormen humanitären Kosten mit Hunderttausenden Toten und Verletzten ehrlich bilanzieren sowie die Kriegsverbrechen von NATO-Staaten in Afghanistan und das Versagen der Bundesregierung im Zuge des Truppenabzuges aufklären. Notwendig ist eine Aufarbeitung der jahrelangen Kooperation von Bundeswehr und NATO mit Warlords in Afghanistan sowie das Wiedererstarken der Taliban, die heute nach dem Sieg über die NATO die am besten bewaffnete islamistische Miliz der Welt ist.
DIE LINKE hat den Afghanistan-Krieg von Anfang an kritisiert und gegen die Beteiligung deutscher Soldaten gestimmt. Der 20 Jahre dauernde NATO-Krieg unter Führung der USA war ein furchtbarer Fehler und endete mit einer kompletten Niederlage des Westens. Die vorgegebenen Ziele wurden allesamt verfehlt. Die Bundeswehr wurde in einen sinnlosen Einsatz geschickt, bei dem 59 deutsche Soldaten getötet und viele weitere versehrt wurden. Jeder Euro, der für den Auslandseinsatz am Hindukusch verpulvert wurde, wäre besser in Schulen, in das Gesundheitssystem und die sozial-ökologische Energiewende in der Heimat investiert worden.
Nach aktuellen Presseberichten hat die Bundesregierung in den vergangenen 20 Jahren für den Afghanistan-Einsatz mehr als 17,3 Milliarden Euro ausgegeben. Es ist bezeichnend, dass für die Kriegführung rund 12,3 Milliarden Euro allein an „einsatzbedingten Zusatzausgaben“ angefallen sind, während für die Entwicklungshilfe rund 2,46 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden. Die Öffentlichkeit hat auch ein Recht darauf zu erfahren, wie viele Gelder der Bundesnachrichtendienst (BND) in den zwei Dekaden in Afghanistan ausgegeben hat. Es ist nicht akzeptabel, dass diese Angaben von der Bundesregierung zur Geheimsache deklariert werden ebenso wie Angaben darüber, welche mit deutschen Steuergeldern aufgebaute Infrastruktur jetzt von den islamistischen Taliban genutzt wird.
DIE LINKE wird sich an der hastig einberufenen Bilanzveranstaltung des Verteidigungsministeriums nicht beteiligen. Es ist zu begrüßen, dass auch Vertreter von Union, SPD, Grünen und FDP fernbleiben wollen.

Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss

Deutscher Kriegswaffen-Export: 4,5 Milliarden Euro in vier Jahren

Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag eigentlich auf klare Beschränkungen bei Waffenexporten verständigt. So sollen etwa Krisen- und Spannungsgebiete nicht mehr beliefert werden. Namentlich die „unmittelbar“ am Jemen-Krieg beteiligten Länder sollten kein Kriegsgerät aus Deutschland mehr erhalten. Tatsächlich hat die deutsche Rüstungsindustrie in der laufenden Legislaturperiode mit Zustimmung der Bundesregierung Kriegswaffen für rund 4,5 Milliarden Euro exportieren können. Das geht aus der Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der LINKE-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervor, über die zuerst die Nachrichtenagentur dpa berichtet hat.
„Angesichts der massiven Ausfuhr von Kriegswaffen seit Oktober 2017 von einer zurückhaltenden Rüstungsexportpolitik zu sprechen, ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit durch die Bundesregierung“, konstatiert Sevim Dagdelen.
Unter den Top 10 der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind den Angaben zufolge Ägypten, die Türkei und die Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien, die im Libyen-Konflikt und/oder im Jemen-Krieg beteiligt sind. „Es ist unerträglich, dass die Türkei bei der Bundesregierung unmittelbar nach Ägypten mit über 1 Milliarde Euro zweitwichtigster Empfänger deutscher Kriegswaffen ist, obwohl Erdogan völkerrechtswidrige Kriege in Syrien und Libyen führt und die EU-Mitglieder Griechenland und Zypern bedroht“, kritisiert Sevim Dagdelen, die auch Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe des Bundestages ist.
Detailangaben zu einzelnen Ländern sind in der Antwort des Verteidigungsministeriums zur „Verschluss-Sache“ deklariert. Dazu Sevim Dagdelen: „Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die Bundesregierung unmittelbar vor der Bundestagswahl die genauen Ausfuhrzahlen von Kriegswaffen an Länder wie die Türkei und Saudi-Arabien geheim halten will, um Kritik am unverantwortlichen Geschäft mit dem Tod gar nicht erst aufkommen zu lassen.“
Zu den zehn wichtigsten Empfängerländern gehören laut Verteidigungsministerium zudem Italien, Israel, Litauen, die Niederlande, Österreich, Singapur und Großbritannien. Auch genaue Angaben zu den Kriegswaffenexporten nach Israel sind geheim gestellt. DIE LINKE fordert eine Offenlegung der bisher gelieferten Kriegswaffen und den generellen Stopp von Rüstungsexporten.
Bei Kriegswaffen handelt es sich um Rüstungsgüter, die im Sinne von Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes „zur Kriegsführung bestimmt“ sind und deren Export eigentlich nur in absoluten Ausnahmefällen gestattet ist. Als Kriegswaffen gelten beispielsweise Kampfflugzeuge, Panzer, Kriegsschiffe, Maschinengewehre und Handgranaten. Es handelt sich dabei lediglich um eine Teilmenge aller Rüstungsexporte. Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen sind, werden auch als „sonstige Rüstungsgüter“ benannt. Das können beispielsweise Pistolen und Revolver sowie Jagd- und Sportgewehre, Radar- und Funktechnik, aber auch bestimmte Explosivstoffe und Vorprodukte sein, die für den militärischen Einsatz bestimmt sind. Deren tatsächliche Ausfuhr wird allerdings statistisch nicht erfasst.

Sevim Dagdelen

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Do., 21.10., 19.00 Uhr	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21	Linke Strategien in der Vielfachkrise des Kapitalismus (s. unten)
Sa., 23.10., 09.00 Uhr	Sievershagen, Ziegenkrug	Kreisvorstandsklausur LRO
Mi., 10.11., 15.00 Uhr	Geschäftsstelle HRO	Sitzung der Stadtteilsprecher
Do., 18.11., 19.00 Uhr	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21	RLS: Globale Landwirtschaft aus M-V (s. unten)
Mi., 24.11., 18.30 Uhr	Dolgen am See	Kreisvorstandssitzung LRO
Sa., 04.12., 09.00 Uhr	„Zum Raben“, Bützower Str. 98, 18236 Bützow	Gesamtmitgliederversammlung LRO
Sa., 11.12., 09.30 Uhr	Waldemar Hof	Kreisparteitag HRO

Die Linke Skatrunde trifft sich wieder! In der VS-Begegnungsstätte in der Bremer Str. 30, am 12.10., 09.11. um 14.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Danach - Linke Strategien in der Vielfachkrise des Kapitalismus

RLS: Lesung und Gespräch beim Politischen Donnerstag im Peter-Weiss-Haus

Viele können sich für die Zukunft eher den Weltuntergang vorstellen, als dass unsere kapitalistische Wirtschaftsweise überwunden wird. Und das obwohl angesichts der sich zuspitzenden sozialen und ökologischen Krise grundlegende gesellschaftliche Veränderungen dringend notwendig sind. Im Zuge der Corona-Pandemie wird der Bedarf an demokratischer Gestaltung unserer Zukunft nochmals deutlicher: neben der Verbesserung im Gegenwärtigen hinaus braucht es Orientierung und Verständigung wohin die gesellschaftliche Entwicklung gehen soll. Dabei konkurrieren neoliberale, konservative, autoritäre Zukunftsdiskurse mit emanzipatorischen und solidarischen Entwürfen.
Gegenstand des Vortrags Dieter Kleins sind die Diskurse, die starken Einfluss unsere Zukunftsvorstellungen und damit an den Auseinandersetzungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Gestaltung unserer Gesellschaft haben. Denn: Je tiefer die Krisenprozesse, die den Kapitalismus ergreifen, je mehr die Welt des Kapitalismus aus den Fugen gerät, desto mehr gewinnt der Diskurs über Zukunft oder Ende des Kapitalismus an Bedeutung. Die gesellschaftliche Linke ist aufgefordert ihre Vorschläge einer solidarischen Gesellschaft, eines demokratischen grünen Sozialismus in eine überzeugende und einladende moderne Erzählung zusammenzuführen und die Vielfalt ihrer praktischen Kämpfe im Heute der daraus entstehenden Perspektive für das Morgen zu verbinden.
Prof. em. Dr. Dieter Klein ist Wirtschaftswissenschaftler und war ab Mitte der 80er Jahre am wissenschaftlichen Arbeitszusammenhang zum ‚Modernen Sozialismus‘ involviert, dessen Ziel es war, die Perestroika-Perspektiven aufnehmend, ein Reformprojekt des DDR-Sozialismus zu formulieren. Nach den Umbrüchen 89/90 war er aktiv an der Gestaltung des Übergangs von der SED in die PDS und DIE LINKE beteiligt. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Weiterhin ist er u.a. im Institut solidarische Moderne und der Rosa-Luxemburg-Stiftung engagiert.

* * *

Globale Landwirtschaft aus M-V

RLS: Wie viel bedenkliches Soja landet wirklich in den Futtertrögen in Mecklenburg-Vorpommern

Gentechnisch verändertes Soja steht in den Anbauländern in Verbindung mit Landraub und Umweltzerstörung. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird noch bedenkliches Soja verfüttert. Nicht nur der Import von Soja, sondern auch der Export von tierischen Produkten aus Deutschland muss kritisch betrachtet werden.
Referentin: Kaike Brand, Koordinatorin des Projektes »Globale Landwirtschaft M-V«, trägt ihre Rechercheergebnisse zu der Verwendung von Soja als Futtermittel in unserer Region vor und veranschaulicht das momentane globale Handelssystem am Beispiel von Soja und Fleischexport.
Um die Perspektiven global zu verschränken, wird eine Person aus dem Soja-Anbauland Brasilien über die Situation und Forderungen der hier lebenden Landlosen berichten (angefragt).

Ort und Zeit: siehe Terminleiste

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Kanzlerkandidatur
(von Jürgen Riedel)

Wenige Gramm wiegt Parteiprogramm
Für die Masse
Nicht erst seit 1949
Leicht beeinflussbar durch persönlichen Eindruck
Vorwärts-Argumente haben es schwer

Eher rechts als Mitte
(von Jürgen Riedel)

CDU CSU FDP
zur Hälfte mitte-rechts
kritisieren in vollem Umfang
gesinnungsfinstere AfD
zur Hälfte mitte-rechts

Der Zweck heiligt die Mittel
(von Jürgen Riedel)

Einst segneten Priester Kanonen
Heute ist unter aller Kanone:
Politchristen pro Waffenexporte
Als donnernder Segen für Wirtschaft

AUS DEM LANDTAG

Sozial gerechter Klimaschutz ist die Zukunftsaufgabe schlechthin

Zur globalen Klima-Demo am 24.9. erklärte die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:

„Zunehmende Wetterextreme, immer neue Dürrerekorde, Hitzerekorde oder Regenrekorde zeigen, dass der Klimawandel auch in Mecklenburg-Vorpommern angekommen ist.
Die morgigen Demonstrationen in vielen Städten Deutschlands und weltweit wollen ein Zeichen setzen. Sie sollen all diejenigen wachrütteln, die den Klimaschutz bislang nicht ernst genommen und auf die lange Bank geschoben haben. Dies gilt auch für SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern, die noch in diesem Sommer einen Entwurf meiner Fraktion für ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz im Landtag abgelehnt haben. Damit wurde weitere Zeit vergeudet, obwohl jeder Tag zählt.

Die Linksfraktion wird auch in der kommenden Legislatur darauf drängen, dass endlich ein Klimaschutzgesetz mit wirkungsvollen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird. Ziel muss sein, dass Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2035 klimaneutral wird. Dabei ist von elementarer Bedeutung, dass der Klimaschutz sozial gerecht sein muss. Die Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel dürfen nicht zu sozialen Verwerfungen führen. So müssen Strom, Wärme oder Mobilität nach wie vor für alle bezahlbar bleiben. Ansonsten verschärft sich die Spaltung der Gesellschaft weiter. Fraktion und Partei der Linken sind die einzigen, die die soziale Frage im Blick hat. Auch das macht unser Klimakonzept zum besten aller bisher vorgelegten Konzepte.“

***

Klimaschutz muss endlich Priorität genießen – auch beim Hafenausbau

Zur beabsichtigten Entwässerung und Umwandlung von 200 Hektar Moor in Bauland im Zuge des geplanten Ausbaus des Seehafens Rostock erklärte Mignon Schwenke:

„Beim Hafenausbau in Rostock dürfen nicht allein die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund stehen. Der Klimaschutz muss endlich Priorität haben – zumal die Flächen, die von Moor in Bauland umgewandelt werden sollen, vollständig der öffentlichen Hand gehören. Es muss möglich sein, alternative Flächen für den Hafenausbau zu finden. Das Moor rund um den Peezer Bach darf nicht zerstört werden.

Die Linksfraktion unterstützt die Forderung des BUND, die Hafenausbaupläne für den Rostocker Seehafen so zu überarbeiten, dass das Moor als wichtiger CO2-Speicher und einmaliger Lebensraum erhalten bleibt. Sowohl die Landesregierung als auch die Stadt Rostock stehen in der Pflicht, Vorbild in Sachen Klimaschutz zu sein und Moore zu schützen und zu erhalten.“

Gewinner: Die Ministerpräsidentin von M-V, **Manuela Schwesig.** Der klar auf die Ministerpräsidentin ausgerichtete Wahlkampf der SPD ist aufgegangen.
Verlierer: DIE LINKE - ihr ist der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag nur über die erzielten drei Direktmandate (2 in Berlin/1 in Leipzig) gelungen.

MONATSZAHL

35,4% der Erststimmen sicherten Gregor Gysi das Direktmandat in Berlin-Treptow/Köpenick, 20 Prozentpunkte vor der Nächstplatzierten.

MONATSZITATE

„Das ist in jeder Hinsicht beschissen. Das ist ein katastrophales Ergebnis.“ Jan Korte / „Die Linke hat sich zu oft auf Parteitagen die Welt zurechtbeschlossen und am Montag danach festgestellt, dass die Welt eine andere ist.“ Dietmar Bartsch

LYRIK

Weit *(von Janina Niemann-Rich)*

Jahreszeitenwandel
Nebelschauer
bunt gefärbt

Irrtum *(von Janina Niemann-Rich)*

Ich sehe Frühling
spüre Herbst
gestrandet am Ufer der Zeit

Kahlschlag *(von Janina Niemann-Rich)*

Novemberwind beraubt
hohen Stolz der Bäume

Farbenspiel *(von Janina Niemann-Rich)*

Herbstbunt
bemalte
Septembersonne

Grüner Star *(von Jürgen Riedel)*

Politisch fortschrittliche Optiker
bezeichnen Glaukom
auch als Habeck